

# Voices of Economic Transformation 2023:

## Auf dem Weg zum klimaneutralen Industriestandort

COLIN BIEN, SARAH RERBAL

- Deutschland kann nur klimaneutraler Wirtschaftsstandort werden, wenn ökologische Verantwortung und Wettbewerbsfähigkeit zusammengedacht werden.
- Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung ist dafür ein zentrales Instrument. Jedoch ist der aktuelle Preis zu gering und steigt zu langsam.
- Auch der Industriestrompreis ist eine regulatorische Maßnahme, die klimaneutrale Transformation in Mittelstand und Industrie fördern kann.
- Mit unternehmerischer Verantwortung, Innovationsgeist und sektorübergreifender Kooperation kann die energiepolitische und klimapolitische Wende gelingen.

| BertelsmannStiftung



# Auf dem Weg zum klimaneutralen Industriestandort

COLIN BIEN, SARAH RERBAL



Dr. Colin Bien ist promovierter Wirtschaftswissenschaftler, Nachhaltigkeitsexperte und Unternehmer aus Hamburg. Er forschte und lehrte an den Universitäten Lüneburg, Oldenburg, Hamburg sowie an der ESCP Berlin. Er ist Mitgründer und Geschäftsführer des ESG-Software-Unternehmens WeShyft. Zuvor gründete er nRole – Akademie für nachhaltiges Wirtschaften und den Onlineshop True Fabrics. Er ist außerdem Host der Podcast Boutique MASTERS OF CHANGE und Mitglied im Think Tank 30 des Club of Rome Deutschland.

Sarah Rerbal ist bei thyssenkrupp Steel im Bereich Government Affairs in der Berliner Repräsentanz des Unternehmens tätig. Dort beschäftigt sie sich im politischen Bereich mit der Dekarbonisierung und grünen Transformation der Stahlindustrie. Zuvor spezialisierte sie sich bei PwC auf die Transformationsbegleitung von Bundesministerien. Sie absolvierte den Master of Public Policy an der Hertie School und ihren Bachelor in Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Während ihres Studiums arbeitete sie als parlamentarische Mitarbeiterin im Deutschen Bundestag und absolvierte Praktika u.a. im Auswärtigen Amt.

## 1. Ausgangslage

Das Ziel, Deutschland zu einem klimaneutralen und gleichzeitig leistungsfähigen, attraktiven Wirtschaftsstandort zu machen, ist für einen großen und entscheidenden Teil der politischen und gesellschaftlichen Akteur:innen Konsens. Unabhängig von der konkreten Ausgestaltung ist klar: Der industrielle Sektor wird dabei eine ganz zentrale Rolle einnehmen. Der allgemeine Wohlstand, den Deutschland lange Zeit für sich in Anspruch nehmen konnte und auch (noch) weiterhin kann, liegt in einem jahrzehntelangen Hochlauf der Industrieproduktion quer durch alle Branchen begründet. In Deutschland sind Weltmarktführer im Automobilbau, im Maschinen- und Anlagenbau, in der Grundstoffindustrie, im Baugewerbe und in vielen weiteren klassischen Industriesparten und Zuliefermärkten angesiedelt.

Mit der (erkannten) Notwendigkeit zum klimaneutralen Umbau und der grünen Transformation der deutschen Industrie geht nun die Frage einher, wie ökologische Verantwortung und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit kombiniert werden können. Der genaue Fahrplan dorthin und die Geschwindigkeit, in der dieser angegangen werden soll, sind daher verständlicherweise Gegenstand von intensiven und teilweise aufgeheizten Debatten.

Dabei bremsen anhaltend hohe Energiepreise, angespannte Lieferketten, ein schleppender Ausbau des Wasserstoffhochlaufs und der

Wasserstoffinfrastruktur sowie unzureichende Mengen an regenerativ erzeugtem Strom und Wasserstoff den Wandel zusätzlich und hemmen die schnelle Umsetzung einer klimaneutralen industriellen Wertschöpfungskette in Deutschland und Europa. Auch die politischen Instrumente, um Anreize für Unternehmen und Investor:innen zu schaffen und nachhaltiges Wirtschaften zu fördern, sind noch ausbaufähig.

## 2. Zielkonflikte

Aus dieser Ausgangslage ergeben sich verschiedene Konfliktfelder:

Die wirtschaftliche Transformation braucht klare und verbindliche Weichenstellungen durch die Politik. Da keine ausreichenden Regulierungen oder Anreize bestehen, blockieren rein linear wirtschaftende Industrieunternehmen (und teilweise Verbände, die sich an ihnen orientieren) weiterhin den dringend benötigten Fortschritt. Für sie ist es einfacher, bei etablierten Prozessen und vorhandenen Ressourcen zu verbleiben, statt eine mühselige Umstellung anzustreben. Auch ausländische Wettbewerber:innen und Staaten mit niedrigen Klimaschutzauflagen fungieren oft als Bremser. Hier bedarf es der Regulierungen folglich über die nationale Ebene hinaus.

Zahlreiche deutsche Unternehmen stehen vor ressourcenbedingten Hürden, die ihnen das nachhaltige Wirtschaften erschweren. Das können finanzielle Mittel, Zeit oder geschultes Personal sein. Gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten sinken so die Bereitschaft und die Möglichkeiten für die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaftsweise.

Eine weitere zentrale Herausforderung ergibt sich aus der Notwendigkeit, (internationale) Wettbewerbsfähigkeit mit Klimaneutralität in Einklang zu bringen. Gerade für mittelständische Unternehmen, die 99,3 % aller Unternehmen in Deutschland ausmachen (Institut für Mittelstandsforschung Bonn 2022), bedeuten Nachhaltigkeits- und Klimaschutzmaßnahmen in erster Linie (Investitions-)Kosten. Es fehlen ein souveräner Umgang mit dem Preiswettbewerb mit dem Ausland sowie Investitionsanreize.

Um die Marktstellung zu stärken und den Arbeitsplatzabbau in Risikoindustrien sowie den Mittelstand günstige Strompreise gewährleistet werden. Ein Lösungsweg ist der jüngst beschlossene Industriestrompreis der Bundesregierung, dessen Auswirkungen sich jedoch aktuell noch nicht exakt einschätzen lassen.

Für alle Industrieunternehmen, aber gerade auch für mittelständische Unternehmen bestehen bürokratische Belastungen bzw. es fehlt an Zugang zu beschleunigten Genehmigungsverfahren.

Greenwashing kann zum Glaubwürdigkeitsproblem werden, wenn Unternehmen ihre Klimaneutralität nur oberflächlich darstellen, ohne tatsächlich substanzielle Maßnahmen zu ergreifen. Wenn dies gerade im internationalen Wettbewerb auftritt, werden heimische Marktteilnehmer:innen benachteiligt. Hier bedarf es klarer Standards und auch Sanktionierungen.

### **Exkurs: Brückenstrompreis**

Die steigenden Energiepreise in Deutschland und Europa erschweren die internationale Wettbewerbsfähigkeit ambitionierter Unternehmen, die sich auf den Weg gemacht haben, klimafreundliche Technologien und Innovationen anzuwenden. Daher einigte sich die Bundesregierung nach monatelanger intensiver Diskussion auf ein Strompreispaket, das eine Senkung der Stromsteuer für die Unternehmen des produzierenden Sektors vorsieht (Brückenstrompreis bzw. Industriestrompreis). Aufgrund der aktuell angespannten Situation auf dem Energiemarkt besteht die Gefahr, dass Unternehmen aus energieintensiven Branchen ins Ausland abwandern bzw. ihre Produktion komplett einstellen, die international zu schlechteren Umweltbedingungen übernommen wird. Dies soll der Brückenstrompreis verhindern: Er dient als Investition in die Zukunft, die den Industriestandort Deutschland attraktiver machen soll, die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in Deutschland erhält und Carbon Leakage verhindert. Carbon Leakage tritt dann auf, wenn stark treibhausgasemittierende Industrien in Nicht-EU-Staaten verlagert werden, um die CO<sub>2</sub>-Auflagen der EU zu umgehen (Europäisches Parlament 2023).

Wohingegen die Befürworter:innen die Mehrwerte für die industrielle Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Wohlstand in Deutschland und Europa von Unternehmen als Treiber dieser Faktoren ansehen, argumentieren andere Akteur:innen, dass der Industriestrompreis zu einer Kostenverlagerung auf die Verbraucher:innen führen könnte, wenn diese zum Beispiel in einer höheren steuerlichen Belastung resultiert. Andererseits investieren Unternehmen im Interesse der Arbeitnehmenden sowie Steuerzahlenden bereits massiv hohe Summen in klimaschützende und innovative Geschäftsmodelle, wodurch der Industriestandort nachhaltig gestärkt, Abhängigkeiten vorgebeugt und der Hochlauf der erneuerbaren Energien beschleunigt wird. Instrumente wie der Industriestrompreis können Unternehmen bei diesen – gesamtgesellschaftlich relevanten und für die Gesellschaft Verantwortung übernehmenden – Aufgaben unterstützen.

In jedem Fall bedarf es einer schnellen und zielführenden Lösung, um den oben genannten Gefahren durch geeignete Policy-Instrumente zu begegnen. Der Brückenstrompreis ist dabei eine von vielen möglichen Maßnahmen, neben beispielsweise der EU-Taxonomie-Verordnung, der Corporate Sustainability Reporting Directive oder der Europäischen Lieferkettenrichtlinie.

Zudem besteht ein Trade-off zwischen Preisniveau, Versorgungssicherheit und Geschwindigkeit des Umstiegs auf erneuerbare Energien, der mit Problemen beim praktischen Ausbau von Produktionsanlagen und Infrastruktur einhergeht.

Schließlich stellt auch die Ressourcenknappheit, insbesondere bei (grünem) Wasserstoff, eine Herausforderung dar: Während der politische Wille zum Klimaschutz und zu Investitionen in erneuerbare Energien zwar vorhanden ist, mangelt es an der Verfügbarkeit von wirtschaftlich produziertem Wasserstoff – ob durch heimische Produktion oder Importe. Zudem ist die Verteilungsinfrastruktur genauso ungeklärt wie die Frage, welche Sektoren aufgrund ihrer Energieintensität, wie etwa die Grundstoffindustrie, prioritären Zugang erhalten. Die Nationale Wasserstoffstrategie sowie ihre aktuelle Novellierung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz bieten hierfür bereits wichtige Lösungsansätze. Für die konkrete Umsetzung fehlt jedoch ein schnelles und politisch gefördertes Hochlaufen der Wasserstoffwirtschaft in Deutschland und Europa.

Relevante Akteur:innen auf dem Weg zur Klimaneutralität der Industrie sind Industrieunternehmen, Energieversorger und Unternehmensverbände und -netzwerke. Für eine nachhaltige Transformation der Wirtschaft sind zusätzlich, neben den Unternehmen und dem Rückgrat der Unternehmen, den Mitarbeitenden, auch andere zivilgesellschaftliche Akteur:innen wie Umweltverbände, NGOs und Stiftungen sowie die Wissenschaft von großer Bedeutung. Auch Banken spielen als Investorinnen eine Rolle, da sie einen Treiber der Transformation hin zu einer klimaneutralen Industrie darstellen.

### 3. Handlungsempfehlungen

Erklärtes Ziel der deutschen Politik ist es, bis 2045 Klimaneutralität für den Industriestandort Deutschland zu erreichen. Hierfür müssen bereits heute entscheidende Weichen gestellt werden. Die folgenden Handlungsempfehlungen sollen Impulse in diese Richtung setzen.

**Investitionen und Emissionsvermeidung:** Auf dem Weg zu einer klimaneutralen Industrie stellen Marktumfelder, die möglichst unabhängig von externen Energiequellen sind, einen wichtigen Schritt dar. Erneuerbare Energien bieten ein hohes Maß an Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähige Preise zugleich. Dabei steht die Infrastruktur im Zentrum: Ein intelligent geplantes Energienetz und Erzeugungscuster, die ausreichend erneuerbare Energien erzeugen bzw. importieren und diese dann effizient über ganz Deutschland verteilen, müssen das Ziel sein. Dezentrale Lösungen wie kleine Wasserstoff-Hybridkraftwerke sollten eine wichtige Rolle spielen. Nur wenn eine funktionale und wirtschaftliche Verteilungsinfrastruktur für Ökostrom und Wasserstoff vorhanden ist, lohnt sich wiederum auch die Investition in die Produktion dieser Energieträger.

Massive öffentliche und private Investitionen in Wasserstoff sowie erneuerbare Energien ermöglichen schnelle und pragmatische Fortschritte. Dabei können diverse Akteur:innen unterstützen: Die Politik muss durch verbindliche Ziele und Vorschriften klare Rahmenbedingungen definieren sowie durch finanzielle Anreize gezielte Förderung bereitstellen. Dies spielt besonders für mittelständische Unternehmen mit gegebenenfalls stärker begrenzten Ressourcen eine Rolle. Die Einhaltung von staatlich festgelegten Emissionsstandards sollte durch das Messen und gegebenenfalls Regulieren von ausgestoßenen Treibhausgasen gesichert werden. Wissenschaft und Forschung können durch die Förderung von Innovationen zur Reduktion von Treibhausgasen beitragen. Auf Unternehmensseite helfen dabei insbesondere eine beschleunigte administrative Abwicklung, eine einheitliche CO<sub>2</sub>-Bilanzierung, eine interne CO<sub>2</sub>-Bepreisung sowie eine saubere Berichterstattung einschließlich der Berücksichtigung der Lieferkette und des Produktfußabdrucks. Genauso ist der Begriff der „Klimaneutralität“ nicht gänzlich unproblematisch, besteht doch bisher kein einheitliches und international anerkanntes Verständnis dafür. Hier braucht es eine Definition, die auf einer breiten internationalen Zustimmung basiert. In der Zwischenzeit gilt: Emissionsvermeidung hat immer Vorrang vor Kompensation.

**CO<sub>2</sub>-Bepreisung:** Um Planungssicherheit zu gewährleisten, sind langfristig kalkulierbare CO<sub>2</sub>-Abgaben von entscheidender Bedeutung. Unbedingt erforderlich ist die rasche Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung, um die Klimaneutralität in der Industrie zügig zu realisieren. Aktuell liegt der Preis zu niedrig und steigt nicht schnell genug, um Lenkungswirkung zu entfalten. Unternehmen könnten durch eine angemessene und berechenbare Bepreisung sicher strategische Langzeitpläne zur Emissionsreduktion entwickeln und gezielt auf emissionsärmere Prozesse umstellen, während gleichzeitig eine rege Innovationsdynamik und Ressourceneffizienz gefördert werden. Dies würde nicht zuletzt auch ihrer Wettbewerbsfähigkeit zugutekommen. Zudem werden so Anreize für Investitionen in umweltfreundliche Technologien gesetzt, um nicht nur Kosten einzusparen, sondern auch den ökologischen Fußabdruck zu minimieren. Dies erzeugt ein ausgewogenes Wettbewerbsumfeld, in dem Unternehmen gleichermaßen motiviert werden, nachhaltige Ansätze frühzeitig zu adaptieren und dadurch ihre langfristige Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Daher ist die zeitnahe Umsetzung dieser CO<sub>2</sub>-Bepreisungsstrategie von höchster Priorität, um den Weg zu einer nachhaltigen industriellen Zukunft zu ebnen. Die deutlich gestiegenen Preise im 2005 eingeführten europäischen Emissionshandel für Treibhausgas hatten spürbare Zusatzkosten für die Industrie zur Folge (Bardt und Schaefer 2023). Zentrale Schritte auf diesem Weg sind die Umsetzung eines CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichs in Form des Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) und die Ausweitung des Europäischen Emissionshandels (EU-ETS II). Nur durch die oben genannten Instrumente so-

wie durch einen ausreichenden und effizienten Außenhandelsschutz können der deutsche und der europäische Markt unter fairen Wettbewerbsbedingungen den Klimaschutz in der industriellen Wertschöpfung vorantreiben.

**Bürokratieabbau:** Der Abbau bürokratischer Belastungen und die Ausweitung beschleunigter Genehmigungsverfahren sind für die klimaneutrale Industrietransformation entscheidend. Besonders der Mangel an Expertise in Unternehmen ist hier relevant, da trotz bereits bestehender Gesetze und Berichtspflichten im Bereich Nachhaltigkeit beim Anteil nachhaltigkeitsorientierter Unternehmen in Deutschland die Möglichkeiten noch lange nicht ausgeschöpft sind (Rat für Nachhaltige Entwicklung 2021). So sollten zum Beispiel mit den Bepreisungsmechanismen einhergehende Berichts- und Dokumentationspflichten verhältnismäßig und auf das Wesentliche beschränkt sein, um unnötige Bürokratie zu vermeiden. Auch sind klare Zuständigkeiten bei den ausführenden Behörden und Unterstützungsangebote unter anderem für mittelständische Unternehmen notwendig. Der von Bundeskanzler Olaf Scholz vorgeschlagene „Deutschlandpakt“ (September 2023) zielt maßgeblich auf solch eine Weichenstellung ab, da er eine sichere, stabile Energieversorgung fokussiert sowie die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen deutlich fördern möchte und hierfür Bürokratieabbau und beschleunigte Genehmigungsverfahren vorsieht (Die Bundesregierung 2023).

Dies sind entscheidende Schritte, um die Investitionsbedingungen hin zu einer klimaneutralen Industrie in Deutschland zu verbessern.

#### 4. Best Practices, innovative Akteur:innen und Role Models

Es gibt eine Vielzahl unternehmerischer Beispiele und vielfältiger gelebter Praktiken für den Klimaschutz. Aufgrund des beschränkten Umfangs des Impulspapiers haben wir lediglich drei Beispiele von Vorreitern ausgewählt:

- **Enpal:** Ziel des Berliner Greentech-Start-ups Enpal ist es, Solarenergie allgemein für alle Bürger:innen zugänglich zu machen. Zu diesem Zweck baut das Unternehmen Solaranlagen, die dauerhaft vermietet werden, und bietet gleichzeitig einen dauerhaften Montage- und Wartungsservice.
- **Projekt tkH2Steel® der thyssenkrupp Steel Europe AG:** Als Vorreiter der Klimatransformation hat sich thyssenkrupp Steel zum Ziel gesetzt, bereits im Jahr 2030 jährlich fünf Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-armen Stahl zu produzieren und damit weit über 30 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen zu vermeiden. Spätestens im Jahr 2045 soll die Stahlproduktion komplett klimaneutral sein. Dank der Förderung von Bund und Ländern für das Projekt tkH2Steel® von thyssenkrupp Steel am Standort Duisburg wird die zukunftsweisende Transformation Realität:

die Produktion von Premiumstahl mit Ökostrom und Wasserstoff in der Direktreduktionsanlage. Ausgangspunkt für die Transformation wird eine erste Direktreduktionsanlage mit innovativen Schmelzaggregaten sein. Als Großverbraucher von Ökostrom und Wasserstoff ist thyssenkrupp Steel zudem ein Vorreiter für die grüne Energieinfrastruktur der Zukunft.

- **1KOMMA5°:** 1KOMMA5° ist ein Pionier der Energiewende. Während große Teile der Republik sich in Debatten zu Gasheizungen oder Wasserstoff verrennen, geht 1KOMMA5° den unternehmerischen Weg und vereint wirtschaftliches Wachstum, Wärme- und Energiewende und Nachhaltigkeit. Über 85.000 Wärmepumpen, Solaranlagen und Stromspeicher wurden alleine in den letzten zwei Jahren installiert.

## 5. Fazit

Die Erreichung von Klimaneutralität in der Industrie erfordert eine sorgfältige Abwägung von Wirtschafts- und Klimaschutzinteressen und darauf basierend das verantwortungsbewusste Handeln unternehmerischer Vorreiter. Ein ganzheitlicher Ansatz, der sowohl ökologische und soziale als auch ökonomische Aspekte berücksichtigt, ist für die Transformation zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Industrie notwendig.

Insbesondere die Gewährleistung von Europas Wettbewerbsfähigkeit ist eine große Herausforderung, da klar ist, dass die Produktion auf Klimaneutralität umgestellt und gleichzeitig Arbeitsplätze und Wohlstand durch eine unternehmerisch verantwortliche Praxis gesichert werden müssen.

Zusätzlich entstehen häufig weitergehende Kosten sowie bürokratischer Aufwand. Es besteht Knappheit bei Ressourcen, die für die klimaneutrale Produktion benötigt werden, jedoch nicht unbegrenzt zugänglich sind. Weiterhin entstehen zusätzlicher Druck und potenzielle Schwierigkeiten beim Preiswettbewerb mit dem Ausland, den eigenen Industriestandort auf dem aktuellen Niveau zu halten.

Eine nachhaltige und gerechte Wirtschaft respektiert die planetaren und sozialen Grenzen. Solch ein unternehmerisch verantwortliches Handeln braucht Innovationsgeist, Mut zum Vordenken und entsprechende Vorbilder – gerade in Mittelstand und Industrie. Nur dann, wenn Gesellschaft, Industrie, Wissenschaft und Politik an einem Strang ziehen und First Mover den Standard setzen, kann uns die energie- sowie klimapolitische Wende gelingen.



**Literaturverzeichnis**

- Bardt, Hubertus, und Thilo Schaefer (2023). „CO<sub>2</sub>-Preis steigert Kosten für die Industrie“. *Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V., IW-Kurzbrief Nr. 66*. 15.09.2023. <https://www.iwkoeln.de/studien/hubertus-bardt-thilo-schaefer-co2-preis-steigert-kosten-fuer-die-industrie.html> (Download 30.10.2023).
- Die Bundesregierung (2023). „Deutschland-Pakt soll das Land schneller, moderner und sicherer machen.“ 06.09.2023. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/kanzler-deutschland-pakt-2221412> (Download 30.10.2023).
- Europäisches Parlament (2023). „Carbon Leakage: Unternehmendaranhindern, Emissionsvorschriften zu umgehen“. Erstellt am 08.03.2021, aktualisiert am 03.07.2023. <https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/society/20210303STO99110/carbon-leakage-unternehmen-daran-hindern-emissionsvorschriften-zu-umgehen#:~:text=Was%20ist%20%E2%80%9ECarbon%20Leakage%E2%80%9C%3F,Auflagen%20f%C3%BCr%20Treibhausgasemissionen%20zu%20umgehen> (Download 06.11.2023).
- Institut für Mittelstandsforschung Bonn (2022). „Mittelstand im Überblick: Kennzahlen der KMU nach Definition der EU-Kommission“. <https://www.ifm-bonn.org/statistiken/mittelstand-im-ueberblick/kennzahlen-der-kmu-nach-definition-des-ifm-bonn/kennzahlen-deutschland> (Download 06.11.2023).
- Rat für Nachhaltige Entwicklung (2021). „Nachhaltiges Wirtschaften in Deutschland: Was wir (nicht) wissen“. <https://www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuelles/nachhaltiges-wirtschaften-in-deutschland-was-wir-nicht-wissen/?cn-reloaded=1> (Download 30.10.2023).

## Impressum

© Bertelsmann Stiftung November 2023

Herausgeber: Bertelsmann Stiftung, Carl-Bertelsmann-Straße 256, 33311 Gütersloh

[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

Verantwortlich: Melanie Wodniok

Autor:innen: Dr. Colin Bien, Sarah Rerbal

Unter Mitwirkung von: Matthias Ballweg, Kurt Fischer, Thomas Hajduk, Raphael Kiesel, Jacek Mazurkiewicz, Mitra Qurban, Sonja Schweicker, Jenny Simon, Bettina Storck

Lektorat: Paul Kaltefleiter, Bielefeld

Gestaltung: Kerstin Schröder, Frank Rothe, Bielefeld/Berlin

Bildnachweis: S. 1: © Maria Petrish – stock.adobe.com; S. 2: Thomas Kunsch

Der Text dieser Publikation ist urheberrechtlich geschützt und lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY-SA 4.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>

Das eingebundene Titelfoto und die Fotos aus Seite 2 sind jeweils ebenfalls urheberrechtlich geschützt, unterfallen aber nicht der genannten CC-Lizenz und dürfen nicht verwendet werden.

Initiiert wurde das Netzwerk Voices of Economic Transformation 2021 von Rana Deep Islam und Sven Liebert zusammen mit der Bertelsmann Stiftung.

Die Impulspapiere der Voices 2023 sind in einem co-kreativen Arbeitsprozess unter der Projektleitung von Melanie Wodniok mit prozessualer und redaktioneller Unterstützung des polisphere-Redaktionsteams, bestehend aus Nina-Maria Appenzeller, Maïke Dörnfeld und Philipp Sälhoff entstanden.

Alle Impulspapiere geben ausschließlich die Meinungen, Schlussfolgerungen und Empfehlungen der jeweiligen Autor:innen wieder, die diese nicht im Namen ihrer Arbeitgeberin bzw. ihres Arbeitgebers, ihres Ehrenamts, ihrer assoziierten Organisation oder ihrer Partei äußern, sondern ausschließlich aus persönlicher Perspektive.

Menschen mit Ideen aus der Praxis geben Anregungen für besseres Wirtschaften, um die großen aktuellen Herausforderungen zu meistern: Das ist der Gedanke hinter dem 2021 initiierten Netzwerk „Voices of Economic Transformation“ mit Führungspersönlichkeiten aus Unternehmen, Start-ups, Politik und Verbänden. Mit Unterstützung der Bertelsmann Stiftung kommt es jedes Jahr in einer neuen Zusammensetzung zusammen, um Ideen auszutauschen und Impulse für eine Wirtschaft, die im Sinne der Gesellschaft handelt, in die öffentliche Debatte und schlussendlich auch in die betriebliche und politische Praxis zu bringen.

Die Herausforderungen, vor denen die deutsche Wirtschaft aktuell steht, sind von Komplexität und Vielschichtigkeit geprägt und setzen sie unter massiven Druck. Die Gestaltung der Transformation hin zu einer Nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft ist dabei keine Einzelaufgabe, sondern sie ist als gemeinsame Anstrengung von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu verstehen. Vor diesem Hintergrund nehmen die „Voices“ die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen und das Zusammenspiel von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in den Blick. Leitfragen im gemeinsamen Austausch und in der Erarbeitung von Impulsen sind dabei:

- Wie kann eine Transformation gelingen, die sich nicht nur allein um die Ausbalancierung von Wachstum und Teilhabe bemüht, sondern nun auch um die Berücksichtigung von Nachhaltigkeit in globaler Verantwortung?
- Wie können in Unternehmen mehr innovative Lösungen zur Bewältigung zentraler gesellschaftlicher Herausforderungen entstehen?
- Wie können die unternehmerische und die gesellschaftliche Handlungsfähigkeit in Krisen gestärkt werden?
- Wie können Unternehmen und Akteur:innen der Sozialen Marktwirtschaft das demokratische System stärken?
- Was sind konkrete Best Practices?

2023 haben 29 Führungspersönlichkeiten der „Voices of Economic Transformation“ 14 Impulspapiere mit dem Ziel erstellt, eine fundierte inhaltliche Auseinandersetzung mit wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Themen zu Nachhaltigkeit, Innovation, Digitalisierung, Unternehmenskultur und Geopolitik zu schaffen. Eine Übersicht der Themen sowie eine Download-Möglichkeit aller Impulspapiere sind auf folgender Webseite zu finden: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/betriebliche-innovationspotenziale/projektnachrichten/voices-of-economictransformation>

In einer ersten Runde des „Voices“-Netzwerks wurde 2022 das Buch „Update Wirtschaft für Gesellschaft“ veröffentlicht, das 29 Impulse für ein neues Wirtschaften zusammengetragen hat.